

Stellungnahme des Netzwerks der MOT

DIE ZUKUNFT DER INTERREG-PROGRAMME NACH 2027

25. März 2025

Im breiteren Kontext der Entwicklung der Instrumente der grenzüberschreitenden Multi-Level-Governance (bilaterale Verträge, bevorstehende Verabschiedung der BRIDGEforEU-Verordnung...) und der Monitoring-Instrumente (europäische Plattform ACROSS...) sowie der Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union und die zukünftige Kohäsionspolitik zielt dieses Positionspapier darauf ab, die Prioritäten für die Zukunft der Interreg-Programme nach 2027 zu identifizieren und konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Diese kollektive Arbeit wurde mit etwa 40 Mitgliedern des Netzwerks der Mission Opérationnelle Transfrontalière erarbeitet, die die verschiedenen französischen Grenzen repräsentieren.

Das MOT-Netzwerk fordert eine stärkere Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aufgrund ihrer treibenden Rolle bei der Integration von Grenzregionen.

Grenzüberschreitende Gebiete machen 40% des Territoriums der Europäischen Union und 30% des BIP ihrer Mitgliedsstaaten aus. Während mehr als einer von drei Europäern in einem grenzüberschreitenden Gebiet wohnt, überqueren täglich zwei Millionen Grenzgänger eben diese Grenzen. Diese Räume bieten ein großes Potenzial für die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten der Grenze, sind jedoch häufig mit Hemmnissen konfrontiert, die ihre Entwicklung behindern. Die Ergebnisse eines Berichts für die Europäische Kommission aus dem Jahr 2017 legen nahe, dass die rechtlichen und administrativen Hindernisse in Landgrenzregionen wahrscheinlich zu einem Verlust des BIP in Höhe von umgerechnet 458 Milliarden Euro führen. Durch die Beseitigung dieser Hindernisse könnte das BIP der Grenzregionen somit um 3% des BIP der EU bzw. 8,7% des gesamten in den Grenzregionen entlang der Landgrenzen erwirtschafteten BIPs steigen. Diese Räume benötigen umfangreiche Unterstützung, nicht nur für die lokale Bevölkerung, sondern auch für den Erfolg des europäischen Projekts im weiteren Sinne, da sie im Zentrum der Herausforderungen stehen, die sich aus der Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen jeglicher Art ergeben, die Europa durchlebt. Für die nächste Programmplanung ab 2028 bedeutet dies :

- Die Beibehaltung eines eigenen Finanzrahmens für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) und ein größeres Budget. Denn Interreg macht nur 3% der Kohäsionspolitik aus, obwohl es entscheidend zur Integration der Gebiete über die nationalen Grenzen hinweg beiträgt.
- Die Beibehaltung des Prinzips der Multi-Level-Governance der Programme und des Prinzips gemeinsamer grenzüberschreitender Projekte (in Bezug auf Finanzierung, Verwaltung und Umsetzung).
- Ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit einer größeren Flexibilität (insbesondere in Krisensituationen) und der Beibehaltung einer Programmlogik, die für ökologische und raumplanerische Prozesse unerlässlich ist.

- Die Anerkennung der Bedeutung der territorialen Dimension der Programme und die Annäherung von Interreg an die Gebiete in einer Logik, die die verschiedenen Ebenen der Zusammenarbeit abdeckt: lokale grenzüberschreitende Gebiete (Verflechtungsräume); Euroregionen; Makroregionen und vergleichbare Kooperationsräume.
- Die Bekräftigung, dass das ultimative Ziel der ETZ darin besteht, ausgehend von diesen grenzüberschreitenden Gebieten zur europäischen Integration beizutragen, zum Nutzen der Menschen auf beiden Seiten der Grenzen und durch deren Einbeziehung, in allen Dimensionen dieser Integration (wirtschaftlich, funktional, institutionell, kognitiv, kulturell und zwischenmenschlich).
- Die Beibehaltung einer spezifischen Verordnung zur territorialen Zusammenarbeit innerhalb des Regelwerks der Kohäsionspolitik, die es ermöglicht, die Besonderheiten der grenzüberschreitenden Gebiete zu berücksichtigen, wobei darauf zu achten ist, dass jegliche Inkohärenz mit den Bestimmungen der Kohäsionspolitik oder anderen Regelwerken der Europäischen Union vermieden wird.
- In Bezug auf die Landgrenzen die Abschaffung des Konzepts des 25-Kilometer-Streifens, das zur Berechnung der EFRE-Mittel eines Mitgliedstaats im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ verwendet wird, da es die Vielfalt dieser Gebiete nicht anerkennt. Ein Streifen von 25 Kilometern in den Bergen ist beispielsweise nicht mit einem Gebiet in der Ebene vergleichbar, wo die Entfernungen zu den verschiedenen Dienstleistungen des täglichen Lebens geringer sind. Eine Möglichkeit wäre hier, sich auf die Gebiete zu stützen, die als „Grenzregionen“ im Sinne des Schengener Grenzkodex gelten, oder alternativ auf die NUTS 3.

Empfehlungen für eine Programmplanung 2028-2034 mit größerer Wirkung :

1. In Bezug auf ISO1 „Bessere Governance in der Zusammenarbeit“ sowie Synergien zwischen Interreg-Programmen und bilateralen Governance-Systemen.

1.1 Vereinfachung und Neuformulierung der Spezifischen Ziele von ISO 1 21-27, um die Klarheit für Projektträger zu erhöhen.

1.2 Über ISO1 bestehende und neu entstehende Strukturen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärken und sich auf Synergien zwischen der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene konzentrieren, um eine bessere horizontale und vertikale Koordination zu erreichen.

1.3 Nutzung der grenzübergreifenden Gremien als „Katalysatoren der Zusammenarbeit“, um qualitativ hochwertige grenzübergreifende Projekte entstehen zu lassen.

1.4 Gewährung eines höheren Finanzierungsanteils (bis zu 100%, wie im Rahmen von Interreg France-Wallonie-Vlaanderen) für Projekte von strategischem Interesse im Rahmen von Interreg A-Programmen: eines zur territorialen Beobachtung und eines zur Lösung von grenzüberschreitenden Hindernissen entlang der gesamten Grenze.

1.5 Verbindung zwischen der Beseitigung grenzüberschreitender Hindernisse und der Umsetzung der „BRIDGEforEU“-Verordnung herstellen, indem die Möglichkeit der Kofinanzierung von „Koordinierungsstellen“ an den Grenzen, die sich aus der Umsetzung der „BRIDGEforEU“-Verordnung ergeben, eingeräumt wird. Denn aufgrund ihrer entscheidenden Rolle bei der Überwindung von Hindernissen sollten die auf staatlicher Ebene agierenden Akteure in diese Art von Projekten voll einbezogen werden.

1.6 Die Programme sollten dazu ermutigt werden, die ISO-1-Projektaufrufe zu Beginn der Programmplanung zu veröffentlichen, damit die Zusammenarbeit strukturiert und ein strategischer Rahmen geschaffen werden kann, der anderen thematischen oder territorialen Projekten im Rahmen der Programmplanung zugute kommt.

1.7 Förderung einer Annäherung zwischen den Projektträgern und den Programmverwaltern im Vorfeld der Projekteinreichung, um einen Dialog mit dem zuständigen Sachbearbeiter in der Phase der Antragserstellung zu ermöglichen und das Projekt besser auf die Anforderungen der Projektausschreibung abzustimmen.

1.8 Ermutigung der Projektträger (einfache, thematische sowie territoriale Projekte), die Relevanz ihrer Vorschläge zu begründen, indem sie sich auf Daten, territoriale Diagnosen und Kartografien stützen, die von den territorialen Beobachtungsstellen, den nationalen Beobachtungsstellen (INSEE, ANCT, BBSR,...) und den europäischen Beobachtungsstellen (insbesondere der europäischen Plattform ACROSS Data Hub) zur Verfügung gestellt werden.

1.9 Jedes Programm sollte einen Finanzrahmen (entweder über ein spezifisches ISO1-Projekt oder über die technische Hilfe) für die Finanzierung von Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Herausforderungen und Probleme grenzüberschreitender Zusammenhänge sowie zur Erhöhung der Kompetenzen der Beteiligten durch Sprachkurse und Schulungen über die Funktionsweise des politisch-administrativen Systems des Nachbarlandes, die Kenntnis der Kultur und der Geschichte, die mit diesen Ländern geteilt wird oder auch nicht, umfassen. Diese Schulungen sollten sich an Akteure auf allen Ebenen richten (Mitarbeiter der Programmbehörden und gemeinsamen Sekretariate, Begünstigte und Projektträger, lokale und nationale Partnerverwaltungen, gewählte Vertreter, Bürger/Öffentlichkeit...).

2. Zu OP5 „Ein bürgernäheres Europa“ (Territorialisierung)

2.1 Förderung des durch diesen OP ermöglichten territorialen Ansatzes für alle grenzüberschreitenden Programme (Interreg A), um die Unterscheidung und dann die Artikulation zwischen funktionalen und institutionellen Räumen zu ermöglichen und gleichzeitig die Nähe von Interreg zu den Gebieten und der Bevölkerung zu stärken. Dies sollte mit einer besseren Sichtbarkeit von Interreg und einer stärkeren Aneignung durch die Bevölkerung an der Grenze und die lokalen Projektträger einhergehen.

2.2 Erhöhung des Anteils der Haushaltsmittel für den territorialen Ansatz innerhalb jedes Programms, um eine stärkere Integration auf der Ebene der grenzüberschreitenden Verflechtungsräume zu ermöglichen und so die territoriale Wirkung der Interreg A-Programme zu stärken.

2.3 Angesichts der Vielfalt der grenzüberschreitenden Kontexte an den europäischen Grenzen ist es notwendig:

- Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, um einen differenzierten Ansatz zu ermöglichen, der den Besonderheiten jeder Grenze und jedes Gebiets Rechnung trägt;
- Gerechtigkeit, die nicht mit Gleichheit gleichzusetzen ist, um Mitnahmeeffekte zu vermeiden: Die gesamte Grenzlänge des Programms muss nicht unbedingt mit funktionalen Räumen abgedeckt sein, und diese müssen nicht systematisch die gleiche Mittelausstattung im gleichen Programm erhalten;
- Die Rolle der EVTZ (und entsprechender grenzüberschreitender Strukturen) als lokale Piloten und Moderatoren anerkennen, die Kontinuität und Kapitalisierung der langfristigen Zusammenarbeit ermöglichen;
- Gleichzeitig Räume ohne EVTZ in die Lage versetzen, grenzübergreifende Strategien zu entwickeln, die zu konkreten Projekten führen, und sich schrittweise zu strukturieren oder bestehende flexible und reaktionsfähige Einrichtungen zu identifizieren, die als Unterstützung dienen können ;
- Nutzung der Erfahrungen aus der Programmplanung 21-27, um die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Koordinator eines „funktionalen Raums“ und dem OP besser zu definieren und die Problematik von Interessenkonflikten zu lösen, wo diese Art von Problemen noch besteht;
- Den „funktionalen Räumen“ ermöglichen, sowohl strukturierende Projekte als auch kleinere „People-to-People“-Projekte zu finanzieren, je nach den Bedürfnissen und der spezifischen Geschichte jedes grenzüberschreitenden Verflechtungsraums
Funktionale Zonen / Räume

2.4 Den Gebieten, EVTZ und den Programmen ermöglichen, die funktionalen Räume besser und kohärenter zu definieren und einer auf europäischer Ebene geteilten Definition zu entsprechen. Die GD REGIO könnte Experten wie MOT oder CESCO mit der Ausarbeitung eines Leitfadens zur Entscheidungshilfe für die Programme bei der Definition der Perimeter der funktionalen Räume beauftragen (Toolbox mit Kästchen zum Ankreuzen, zu berücksichtigende Indikatoren usw.).

2.5 Jeden Koordinator eines funktionalen Raums ermutigen, sich auf die Daten der an jeder Grenze vorhandenen grenzüberschreitenden Beobachtungsstellen, der nationalen Beobachtungsstellen sowie auf die Plattform ACROSS Data hub zu stützen, um seinen geografischen Interventionsperimeter zu rechtfertigen, insbesondere für die im Entstehen begriffenen Gebiete ohne eine Vorgeschichte oder eine klar vordefinierte Struktur.

2.6 Ausstattung der koordinierenden Strukturen der funktionalen Zonen mit den notwendigen finanziellen und personellen Mitteln (Engineering), um ihre Rolle als grenzüberschreitender Vermittler auf mehreren Ebenen wahrzunehmen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, Synergien mit der Dynamik der ISO1-Projekte und der einfachen thematischen

Projekte zu schaffen. Diese Mittel sollten von Interreg bereitgestellt werden und sollten die Arbeitsbelastung, die eine solche Koordinierungsaufgabe mit sich bringt, besser berücksichtigen.

2.7 Im Rahmen von OP5, aber auch ganz allgemein, die Bedeutung von strukturierenden Projekten und grenzüberschreitenden öffentlichen Dienstleistungen anerkennen. Die grenzüberschreitende Erreichbarkeit durch Mobilität, einschließlich der maritimen Mobilität, sollte als Voraussetzung für jede grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Interaktion anerkannt werden (insbesondere um die Entstehung grenzüberschreitender Arbeitsmarktregionen zu begleiten), auch wenn ihre Finanzierung oft die Möglichkeiten von INTERREG übersteigt und von anderen europäischen (regionaler EFRE) oder inländischen Programmen berücksichtigt werden muss. So sollten die „funktionalen Räume“ durch die Programme ermutigt werden:

- Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen (CPS) zu entwickeln;
- Synergien mit den EFRE-OPs und anderen nationalen oder europäischen Finanzierungsquellen zu stärken;
- die Verwaltungsebenen und Akteure mit entsprechenden Kompetenzen (Regionen, Betreiber usw.) einzubeziehen;
- Grenzüberschreitende Daten zu grenzüberschreitenden Verkehrsströmen auf lokaler Ebene durch die Finanzierung von Haushalts- und Pendlerbefragungen auf der Ebene des funktionalen Gebiets zu erstellen.

3. Kleinprojekte (people-to-people)

3.1 Erneute Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Kleinprojekte oder „Projekte mit begrenztem Finanzvolumen“ für die grenzüberschreitenden Interreg A-Programme, um das gegenseitige Vertrauen zwischen den Menschen zu stärken und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einem bestimmten grenzüberschreitenden Raum zu entwickeln.

3.2 Verkürzung der Zahlungsfristen, die Projekte verlangsamen und gefährden, und Gewährleistung einer obligatorischen Vorauszahlung (nach dem Beispiel von Interreg France-Wallonie-Vlaanderen, das eine Vorauszahlung von 40% vorsieht) für Kleinprojekte, um neue, weniger erfahrene Träger und solche mit geringerem Cashflow zu ermutigen, sich an der Interreg A-Programmierung zu beteiligen (privater Sektor/Vereine). Die Vorschusszahlungen sollten vom Programm geleistet werden, und es sollte eine stärker lokalisierte technische Hilfe vorgesehen werden, um diese kleineren Träger zu begleiten.

3.3 Ermutigung der Programme, den Trägern von Kleinprojekten nach dem Beispiel von Interreg France-Wallonie-Vlaanderen eine 100%ige Finanzierungsquote zu garantieren, um die Suche nach zusätzlichen Finanzierungen zu vermeiden und so die Effizienz und Reaktionsfähigkeit bei der Umsetzung dieser „Bürgerinitiativen“ zu erhöhen.

BEHELFSÜBERSETZUNG

3.4 Beibehaltung einer Vielfalt an möglichen Themen außerhalb von Forschung und Innovation, um die Kleinprojekte und ihr Potenzial als Vorläufer für umfassendere Projekte nicht zu sehr einzuschränken.

Das MOT-Netzwerk bleibt mobilisiert, um sicherzustellen, dass die zukünftige Generation von Interreg-Programmen noch ehrgeiziger ist und auf die Besonderheiten der grenzüberschreitenden Gebiete eingeht, um auf eine echte Integration über die Grenzen hinweg hinzuarbeiten.